ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☼ Mein politischer Privatbrief No. 9 – 1.5.2012

---

werner langen: françois hollandes träume + albert dess: bremsende eu-regierungen mont saint-michel bleibt windmühlenfrei + tote störche von niemand eingeplant? + ‚aufbau' 1942: pius XII half juden ++ piraterie-anstieg weltweit ++ könnten polens rechtskonservative ‚putschen'? ++ super-tsunamis trafen japan schon im mittelalter

Fast alle Medien ignorieren weiter Europas Christliche Demokraten

Tendenzen zur Frankreich-Wahl, - oft Einseitiges vom Hungerstreik der Julia Timoschenko

Fangen wir mit dem zweiten Komplex an: Am 24. April schickte **Julia Timoschenko**, Präsidentin der ukrainischen Christdemokraten-Partei BATKIVSHCHYNA, eine Schilderung ihrer Haftbedingungen an **Wilfried Martens,** flämischer **Präsident der „Europäischen Volkspartei" (EVP), in der 74 Parteien aus 40 Staaten Europas Mitglieder sind.** Echo in Deutschland: FAST NULL.

Alle CDU-Europapolitiker wissen, dass die EVP mit ihrem Gewicht von Hamburg bis München von Intendanten bis zu Redakteuren noch immer ignoriert wird. Deshalb konnten die deutschen Wähler nicht sehen oder lesen, dass die 74 C-Parteien gemeinsam von Kiew **„konkrete und klare Maßnahmen"** in Sachen Timoschenko forderten. Nicht lesen, dass die Gefolterte im Brief an Martens ankündigt, dass ihre Partei einen **Aufruf im Hinblick auf die nächsten Wahlen** plant. Nicht lesen, dass Martens im sehr persönlichen Teil seines Briefs die EVP-Freundin **„Yulia" bittet, den Hungerstreik zu beenden.**

Ich halte gern fest, dass auch die Berliner CDU-Zentrale beide Briefe aus Kiew den Medien anbot. Und nun sind Sie dran: Liege ich schief mit der Beobachtung, dass die EVP und ihre Arbeit totgeschwiegen oder als unwichtig betrachtet wird??? Trägt dies dazu bei, dass die Wähler zu wenig erfahren, was in der EU läuft und warum???

Schreibt Leserbriefe, ruft ZDF und ARD an und protestiert. Sagt, dass Christdemokraten den Fall Timoschenko für wichtiger halten als Wochen voller Wasserstandsmeldungen zum „Fall" G.Grass.

Erst mal nur wenige Worte zu Frankreich: # Ich bin davon überzeugt, dass Merkel und Hollande ebenso konstruktiv in der EU zusammenarbeiten würden wie Merkel und Sarkozy. Denn Hollande steht nur Millimeter links von der Mitte, Sarkozy war nie und ist nicht klassisch „konservativ". Egal, wer herauskommt, dem Mann bleiben diese Probleme**:**

► Das Jahr für Jahr steigende Misstrauen gegen „Brüssel";

► Das Fehlen gemeinsamer europäischer Strategien gegenüber Russland und mächtig werdenden Schwellenländern wie z.B. Brasilien;

► Das Fehlen notwendiger wie radikaler Änderungen der EU-Gestaltung ab 2014. Es wird immer fataler, dass die auf Gipfeln formulierten Sätze zur Kompetenz des Europäischen Parlaments ohne Wirkung in den Medien bleibt. Das Europäische Parlament hat in der heutigen Krise mehr an Ansehen verloren, als in allen Jahren seit 1979.

► Die Lage in Ländern wie Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland, Holland zeichnet sich dadurch aus, dass traditionelle Mitte-Parteien nach Links- und Rechtsaußen Stimmen abgeben, wenn dabei auch andere als gewohnte Begriffe fallen. Sie müssten jedoch folgern, einige Jahre „großer" Koalition anzupeilen, was die Medien nicht transportieren: Die heutige Lage führt sonst DIREKT in die Zerstörung demokratischer Strukturen, wobei Resultate vom Zustand in Ungarn bis zur „Kipp-Gefahr" in Griechenland denkbar sind.

► Wir brauchen z.B. **ganz neue deutsch-französische Anstrengungen und müssten weg von Medien-Sprachregelungen. Die Einteilung Frankreichs in *Linke* und *Rechte*, im Französischen sprachlich betoniert, muss – wenigstens in europäisch denkenden Kreisen auf den Müll. Nicht nur ich bin z.B. der Meinung, dass Gespräche mit französischen zentristischen Kreisen immer noch nützlich wären, *Festlegungen* der Union nur auf die UMP nutzen weder uns noch Franzosen.** Bleiben wir vor allem treu: ***Paris-Berlin muss Europas Herz bleiben.***

WERKSTATT EUROPA

Werner Langen MdEP :

Eurostat entlarvt Träume des aussichtsreichen Kandidaten François Hollande

Nicht zum ersten Mal macht Frankreichs Linke unbezahlbare Wahlversprechen, viele träumen mit

Dr.Werner Langen,bis 2011 Chef der CDU/CSU.Gruppe der EVP-Fraktion, und (r.) sein Nachfolger Herbert Reul

Der Mainzer CDU-Europaabgeordnete **Werner Langen** zeigte auf eine wichtige EU-Behörde in Luxemburg: „***Eurostat*** schickte eine schlichte Nachricht an **François Hollande** und die französischen Wähler: Die teuren Wahlversprechen des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten seien nicht haltbar." Der CDU-Europaabgeordnete hofft noch auf weite Verbreitung der französischen Defizitzahlen aus dem EU-Statistik-Amt. Langen schlussfolgert: „Das anhaltende Defizit des französischen Staates lässt keinen Spielraum für weitere Ausgabensteigerungen. Die Zahlen von Eurostat entlarven die Tagträume der französischen Linken als realitätsfern und illusorisch."

Langen entlarvt die nach wie vor in Teilen der französischen Linken verbreitete Versuchung, die Wirtschaft immer wieder durch Staatsausgaben anzukurbeln. "Die gescheiterte Wirtschaftspolitik in der ersten Amtszeit von Staatspräsident François Mitterrand sollte den Franzosen eine Warnung sein: Teure Wahlversprechen ohne Blick auf wirtschaftliche Folgen verstärkten die Krise statt sie zu entschärfen".

Stattdessen müsse unser Nachbar sparen: "Auch Frankreich braucht mehr Entschlossenheit zur Reduzierung des Haushaltsdefizits und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Dazu gehört neben einer Senkung der Staatsausgaben und einer langfristigen Reduzierung des Staatsapparates auch eine Deregulierung des Arbeitsmarktes.“

Nach heute veröffentlichten Angaben des EU-Statistikamts *Eurostat* betrug das französische Haushaltsdefizit in 2011 schon 5,2% Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Albert Deß MdEP :

EU-Staaten verweigern dem Straßburger Parlament Agrar-Informationen

Sie müssten Simulationskarten mit dem Neuzuschnitt „benachteiligter Gebiete“ veröffentlichen

Der agrarpolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament formuliert scharf: "Die Situation ist absurd. Das Europäische Parlament kann nicht über neue Regeln für die EU-Förderung benachteiligter Gebiete beraten, wenn sich Mitgliedstaaten weigern zu sagen, um welche Regionen es sich handelt." Nach Aussage der seit 1.1.2012 amtierenden dänischen EU-Ratspräsidentschaft verfügen weder der Ministerrat noch die Europäische Kommission über Informationen, welche Gebiete nach den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Kriterien nach 2014 noch eine besondere EU-Förderung erhalten können. Lediglich 12 Mitgliedstaaten hätten sich bereit erklärt, diese Informationen zu veröffentlichen, beschied der dänische Justizminister die EVP-Fraktion.

Deß spricht von Willkür: „Nach den vorgeschlagenen Förderkriterien könnten in Deutschland rund 32 Prozent - rund 2,8 Millionen Hektar - der bisher besonders geförderten Fläche ihren Anspruch als *besonderes Fördergebiet* verlieren. Zwar würden rund 1,2 Millionen Hektar neu hinzukommen. Aber allein dieses Beispiel zeigt, wie willkürlich die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Kriterien sind!"

***H**intergrund: Im Zuge der Überarbeitung der EU-Agrarpolitik für die Zeit ab 2014 hat die EU-Kommission vorgeschlagen, die Kriterien für als "benachteiligt" eingestufte Gebiete zu verändern. Diese sollen künftig nur dann eine **zusätzliche** EU-Förderung bekommen können, wenn sie ein Raster aus acht biophysikalischen Kriterien wie z.B. Wurzeldichte, Bodenfeuchte oder Hanglage erfüllen.*

ENERGIEUMWELTKERNKRAFTSTROMPRODUKTIONNEUBAUTENAKW

D**ie russische **„Atomstroiexport“ bietet **Jordanien Bau und Betrieb von 4 Druckwasserreaktoren** des **Typs WWR-1200** an. Bezahlt würden die Anlagen über einen garantierten Stromabnahmepreis. Als arabisches Land ohne Erdöl ist Jordanien arm. Haushalte, Bergbau, Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Tourismus und die noch sehr schwache Industrie sind auf bezahlbaren Strom angewiesen. Heute muss Strom aus Öl produziert werden, was die jordanische Handelsbilanz extrem belastet.

D**as Deutsche „**Atomforum“ hat Befürchtungen zurückgewiesen, dass sich die Betreiber bei der Abwicklung von Kernkraftwerken aus der finanziellen Verantwortung stehlen könnten. „Die Kostenübernahme für den Rückbau und die Entsorgung aller Abfälle ist durch das Atomgesetz eindeutig und unmissverständlich geregelt“, betonte der Präsident des Atomforums, **Ralf Güldner.** Derzeit gebe es mindestens 30 Milliarden Euro an Rückstellungen dafür. Das Rückstellungssystem habe sich seit Jahrzehnten bewährt, sei durch Gerichte bestätigt und **auch von der ehemaligen rot-grünen Regierung gestützt** worden: „Es beruht auf der größten Sorgfalt der Betreiber, unabhängiger Wirtschaftsprüfer und der Finanzbehörden.“

***L**inde Engineering Dresden* übernimmt aus der Insolvenzmasse der Freiberger **Choren Industries** die Biomasse-Vergasungstechnik Carbo-V. Sie war eine Anlage zur Herstellung des synthetischen BtL-Kraftstoffs auf der Basis von Biomasse (Waldrestholz, Altholz). Choren musste im Juli 2011 mit Tochtergesellschaften Insolvenz anmelden wegen Finanzierungsschwierigkeiten bei der Inbetriebnahme der Synthesegas-Demonstrationsanlage.

***I**m Heidekreis (Niedersachsen) kam es Anfang April zu einem **Unfall bei einer Biogasanlage.** Etwa 400 m3 Gärsubstrat liefen aufgrund eines defekten Pumpsystems in den angrenzenden Lünzener Bruchbach und **töteten fast 500 Fische** aus elf unterschiedlichen Arten, u.a. auch die geschützten Arten Elritze und Bachschmerle, auf einer Länge von etwa 10 km. Nach Angaben der Fachagentur „Nachwachsende Rohstoffe“ kommt es **jährlich zu rd. 60 Störfällen bei mittelgroßen Anlagen** mit 500 kW. Ich frage mich: Wenn in Frankreich in einem AKW ein ganz gewöhnlicher Transformator kurze Zeit ausfällt, kommt er in die ARD/ZDF-Abendnachrichten. **Hallo Medien: Warum nicht auch deutsche Biogas-“Unfälle“?**

***D**er* **freie Blick auf den berühmten Mont Saint-Michel an der Atlantikküste bleibt erhalten:** Die französischen Behörden haben ihre **Genehmigung zum Bau von drei Windrädern in der Nähe des UNESCO- „Welt-Erbes“ nach Protesten zurückgezogen**. Das Welt-Erbe-Komitee der UNESCO hatte Frankreich aufgefordert, auf den Windpark in der Nähe der Klosterinsel in Nordwestfrankreich zu verzichten, weil dadurch der Blick auf ein Stück Welt-Erbe verschandelt würde. Inzwischen gibt es in 11 französischen Departements Klagen zur Verhinderung von Windkraft-Parks. Mit unterschied-lichen Begründungen von „Touristik-Schäden“ bis Lärmbelästigungen.

***E**lektroAutos*: Anders als bei Kraftstoffen wie Benzin, Diesel oder Gas fahren E-Autos mit ihren Riesen-Akkus mit erhöhtem Risiko, weil sie Brennstoff und Zündquelle in einem Gehäuse vereinen. Elektrische Überladung und mangelhafte Kühlung gelten daher auch weiter als Hauptursachen für Selbstentzündungen. Weitere Probleme: 1. Ist Wasser als Löschmittel bei PKW-Brand nicht geeignet. Es setzt mit dem Lithium explosiblen Wasserstoff aus dem Lithium frei, 2. Ist ein „reines“ Elektroauto für Fußgänger nicht zu hören. Nun soll allen Ernstes der Gesetzgeber für künstlichen „Warn-Lärm“ sorgen.

***Z**eitbomben durch Sonnenenergie:* Allein in Deutschland sind jetzt auf einer Million Dächern von Wohnhäusern, Scheunen, Lagerhallen und Fabriken Photovoltaikmodule fest montiert**.** Immer häufiger geraten dadurch Gebäude in Brand. Aus Angst vor Stromschlägen zögern Feuerwehrleute bei solchen Bränden mit ihrem Löschangriff. »Wir lassen das Objekt kontrolliert abbrennen«, so ein Feuerwehrmann im NDR anonym. Gefahren werden ignoriert: So lange die Sonne scheint, gibt es jedoch in den Verbindungskabeln zwischen den Paneelen **Gleichstromspannungen von**

bis zu 1.000 Volt. Das Problem blieb Hauseigentümern bis heute fast unbekannt. Auch den Öffentlichkeitsarbeitern im Berliner Umweltministerium?

Leserbrief zur so genannten "Zahl des Tages" auf Seite 6 des Bonner GENERAL-ANZEIGERs vom 24. April 2012

Teurer Stromexport für Deutschland

Das klingt zunächst nach einem Widerspruch. Wer exportiert, erwartet daraus Gewinne und keine Verluste. Die genannten 6000 Gigawattstunden Strom im letzten Jahr sind der Saldo aus exportierten 56000 und importierten 50000 Gigawattstunden. Diese Strommengen sagen nichts darüber aus, zu welchen Preisen sie verkauft bzw. eingekauft worden sind. Um es mit den Worten des BDI-Präsidenten Hans-Peter Keitel zum Beginn der diesjährigen Hannover Messe zu sagen: "Wenn wir nicht auf die Kilowattstunden, sondern auf die Euros schauen, sind wir bereits zum Stromimporteur geworden". Deutschland habe große Mengen billigen Windstroms exportiert, aber aus dem Ausland vorwiegend teuren Strom zur Abdeckung von Verbrauchsspitzen bezogen. Und wer bezahlt dafür? Die Antwort findet jeder Stromverbraucher von selbst. Auf seinem Zähler im Keller..

Mit freundlichen Grüßen, Hans Stirnberg , 53773 Hennef, Hanftalstr. 9a

---

Windkraft ja!
Doch weiter Hals über Kopf?

Kürzlich traf ein prominenter CDU-Parteifreund - zu Besuch bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin – auf einen interessanten und erfolgreichen Unternehmer aus der Branche Gebäude-Reinigung. Der aktive Mann hatte gerade Besuch von Windkraft-Betreibern gehabt. Die Herren von der Ostseeküste klagten über Störche, Krähen und auch kleinere Vögel, welche öfter als erwartet von den neuen „Windmühlen“ zerhackt würden und ihre Kadaver festklebend an deren jeweils drei Fügeln zurückließen mit einer Folge, die offenbar niemand vor Ort, geschweige denn in Berlin ernsthaft bedachte:

Die armen Vögel – das heißt ihre Überreste - verursachen gefährliche Unwucht auf den Riesenachsen. Auf die Frage, warum dies bisher nicht passierte, sagten die Unternehmer: „Wir haben inzwischen Systeme mit 158 Meter Durchmesser, das hat Folgen.“

Der Gebäudereiniger sagte inzwischen seine Meinung: „Wir könnten, wenn wir überhaupt wollten, nur mit Riesenaufwand die drei Flügel erreichen **UND** sie reinigen – entweder mit mobilen Mitteln, das heißt herumtransportierten Riesenkränen, oder fest intstallierten Leiter-Systemen. Egal wie, es wäre sauteuer.“ Geschähe nichts, sagen Siemens-Entwickler, müsse jede Riesenmühle schon nach 20 Jahren ganz aufgegeben werden. Wegen progressiver Schädigung, aber auch das wisse niemand genau.

Die toten Störche symbolisieren nur einen von vielen Planungsfehlern. Man könnte sogar sagen, dass es Mengen nicht gefährdeter Mühlen wegen Storchenmangel gäbe. Fest steht nur, dass noch überhastet geplant wird und Kosten explodieren. Letzteres sicher öfter als durch Storchentote. Und Berlin? Redet von Erfolgen.

„Fälscher-Ecke“

Liebe Leserinnen und Leser,

ContraSalon wird ab heute mithelfen, politische und historische Fälschungen zu entlarven. Nichts wird neu sein, doch zugedeckt und fortgelogen. Vorrang in ***ContraSalon*** haben Ereignisse und politische Stoffe der Zeit ab 1945, aber auch die plumpe Lüge, Konrad Adenauer sei rheinischer Separatist gewesen. Dabei geht es mir nicht um Geschichtsunterricht. Vielmehr soll die „Fälscher-Ecke“ hieb- und stichfeste Argumente für seriöse Debatten und ebenso für Stammtische liefern. Wir beginnen mit der verbreiteten Lüge,Papst Pius XII. habe verfolgten Juden nicht geholfen, ja habe sie einfach hängen las sen. Ein Stück Wahrheit fand ich im **„Aufbau“,** der Zeitung geflohener deutscher Juden, gegründet in New York. Der Artikel „Ehrenarier..“ erschien dort am 5. Juni 1942 (s. Kopien). Der „Aufbau“ erscheint heute noch mit anderem Konzept und wird in Bahnhöfen deutscher Großstädte angeboten. Ich werde später noch veröffentlichen, warum der italienische Faschismus unter deutschem Druck erst ab Oktober 1943 Juden verfolgte. Bis dahin war Antisemitismus in Italien eine Ausnahme, auch in der faschistischen Führung.

RECONSTRUCTION AUFBAU

Published Weekly by the New World Club, Inc., 67 West 44th Street, New York City.
Entered as second-class matter January 30, 1940, at New York Post Office under Act of March 3, 1879 ABC

Vol. VIII—No. 23 New York, N. Y., Friday, June 5, 1942 10¢

Kaufleute an die Front!
Die Regierung sucht erfahrene Kräfte (Seite 32)
Die Lage der Flüchtlinge in Frankreich, Portugal und Shanghai
Frau Carl Schurz — eine Jüdin
Beiträge von Rudolf Callmann, Dora Edinger, Ruth Karpf, Rudolf Kayser, Herrmann Kesten, Leo Lania, Professor Max Laserson, Jan Lustig, Kitty Mattern, Paul Westheim u.v.a.m.

Parlament der europäischen Juden in Amerika gebildet

Ausschnitt Titelseite AUFBAU, New York, vom 5. Juni 1942

"Ehrenarier" in Italien

Der Papst setzt sich für Juden ein

Der soeben mit der "Drottningholm" zurückgekehrte Korrespondent der ITA in Rom, *David Colin*, berichtet, dass die Juden in Italien vor dem Tragen des Davidsterns bewahrt blieben. Als Mussolini nach seiner letzten Konferenz mit Hitler am 1. Mai nach Rom zurückgekehrt sei, habe er den Polizeichef Senise und den Leiter seines rassenpolitischen Amtes zu sich berufen und ihnen aufgetragen, eine Verordnung zu erlassen, nach der alle Juden in Italien den Davidstern tragen müssen. Der Polizeichef riet jedoch dem Duce davon ab, da eine solche Massnahme zu einer ernsten Spaltung mit dem Vatikan führen würde. Mussolini gab daher diese Idee auf.

In der darauf folgenden Woche wurde eine Verordnung erlassen, nach der alle Juden in Italien im Alter zwischen 18 und 55 Jahren sich zu Zwangsarbeit melden mussten. 400 jüdische Aerzte und 300 jüdische Ingenieure, die von dieser Verordnung ausgenommen wurden, werden demnächst zum Dienst an der Heimfront eingezogen werden.

Trotz der im allgemeinen die Juden unterdrückenden Massnahmen arbeiten die jüdischen Gemeinden noch immer, wenn auch sehr eingeschränkt. Ihre Hauptaufgabe besteht jetzt in der Fürsorge mehrerer tausend Flüchtlinge, die in Italien Zuflucht vor unerträglichen Zuständen im Nazistaat Kroatien (der von Yugoslavien getrennt ist) gesucht haben. Schätzungsweise 2800 Juden sollen die dalmatinische Grenze im letzten Jahr überschritten haben. Fast alle schlüpften unter grosser Gefahr über die italienische Grenze.

Wie Colin ferner berichtet, hat sich Italien die Nazitechnik der Umwandlung von Juden zu "Ehrenariern" angeeignet, soweit sie für Kriegsleistungen nützlich sein konnten. Nach dem englischen Angriff auf Tarent, bei dem ein grosser Teil der italienischen Flotte lahmgelegt wurde, beauftragte Mussolini den jüdischen Admiral *Umberto Pugliesi*, die Schlachtschiffe "Julius Caesar" und "Conte Cavour" wieder in Stand zu setzen. Pugliesi, der nahezu alle italienischen Schiffe gebaut hat, hat den "Caesar" bereits wieder fahrbar gemacht und arbeitet jetzt am "Cavour".

Ein anderer "Ehrenarier" ist *Angelo Sacerdoti*, der Konstrukteur der "Conte di Savoia" und anderer Handelsschiffe. Er ist jetzt in einem Büro im Marineministerium mit der Konstruktion von Handelsschiffen tätig.

Ueber die allgemeine Situation in Italien sagt Colin, dass 85% des Volkes pro-amerikanisch und bitter antideutsch eingestellt seien.

"Aufbau" 5.6.1942

==========

Zum Frühstück oder zur Sauna

Der japanische Schriftsteller **Ikezawa Natsuki** veröffentlichte in seinen „Vier Lehren aus Fukushima“, dass „bereits vor acht Jahrhunderten an der Küste bei Fukushima ein Tsunami mit der gleichen Stärke wie jener von März 2011“ wütete. Regierung und Industrie Japans hatten 2011 nach der Katastrophe gemeint „So etwas gab es noch nie“. Natsukis Quelle fand sich in der **Universität Kyoto** und – ja wo denn ? - im Fukushima-Bericht der israelischen Streitkräfte! Schon 1993 erinnerten israelische Wissenschaftsjournalisten an die uralte Katastrophe und rieten Japan – vergebens - zu stärkeren Abwehr-Bauwerken. Dies bestätigte auch die Wiener Atombehörde.

Dr.h.c. Tadeusz Mazowiecki

Tadeusz Mazowiecki, erster demokratischer polnischer Ministerpräsident nach der Wende wurde am 18. April 85 Jahre alt. Er redete noch deutlicher als bisher über die Nationalkonservativen des Landes, am negativsten repräsentiert durch die von **Jaroslaw Kaczynski** geführte Partei „PIS“. Kaczynski und immer mehr seiner radikalen Freunde seien mittlerweile zu einem politischen *Putsch* fähig und zum Teil auch schon dazu entschlossen. Wen hält Mazowiecki persönlich für putschverdächtig?„Nationalkonservative und ‚EUGegner‘ im Sejm, aber auch reaktionäre Priester“. In Brüssel werde die Gefahr leider noch unterschätzt. Ich bin jedoch eher skeptisch, denn Polens Streitkräfte sind deutlich NATO-treu, und ohne diese könnte die PIS gar nicht handeln..

Nochmals hinweisen möchte ich auf das harmlos klingende **„Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V.“**, seit 1.6.1994 beim Registergericht in Berlin als „OKV“ eingetragen. Das OKV „kämpft gegen den florierenden neoliberalen Sozialabbau“ mit Hilfe von Funktionärsrentnern aus dem ehemaligen „FDGB“ der DDR

Die Zahl der **Protestanten** im Bundestag sinkt. 1990 gaben 37.6 % der MdBs „evangelisch“ oder „protestantisch“ als Konfession an, jetzt sind es 28.5 %. Vergleich: 1990 sind 32.8% „katholisch“, jetzt 30.5%. 1990 machten 28.7% keine Angabe zu ihrer Religion. 0.5% sind Muslime.

Während der Bundestagsberatung über **Piraterie an der somalischen Küste** kam eine Dokumentation ***„Piracy goes global“*** in Umlauf. Schwerpunkt: Westafrika. 2011 gab es 199 Angriffe, 2010 erst 126. 2010 gab es keine Attacken an der Benin-Küste, 2011 schon 19. Ghana, politisch ziemlich stabil, hatte 13.5% Anstieg bei Piraten-Erfolgen. In Peru wurde der größte Piraterie-Anstieg seit 2007 registriert.China, dass sich vor zehn Jahren noch nicht über Piraterie äußerte, hält solche Attacken heute für bedrohlich und rüstet seine Marine mit Speedbooten aus.Indonesien meldet „Jahr um Jahr steigende Angriffe und Verluste durch Lösegeldzahlungen“.

Die Teilnehmer einer **Kernkraft-Fachtagung in Dresden,** darunter zahlreiche Diplomingenieure, Professoren und Wissenschaftsjournalisten, haben gemeinsam kritische Briefe an die Kanzlerin und die Bundesminister Schavan und Röttgen geschrieben. Dabei kommentierten sie fachlich das Schluss-Dokument **„Ethik-Kommission“**, die Fehlplanung von Starkstrom-Trassen und die steigenden Strompreise, die ärmere Bürger zunehmend drücken. Außerdem forderte der Expertenkreis einen Stopp für alle Pläne zur Abfall-Rückholung aus dem Lager Asse.

Seit dem Ende der israelischen Operation gegen Stellungen im Gaza-Streifen wurden insgesamt **803 in Israel eingeschlagene Raketen** identifiziert. Im Frühjahr gelang es dann der verbesserten israelischen Luftabwehr (z.T.durch Drohnen) 50 Raketen zu vernichten. Neue Sorgen wachsen in Israels Süden. Im April schlugen drei Raketen in der Stadt Eilat ein. Die Verschlechterung der **Beziehungen zwischen Kairo und Jerusalem** macht der israelischen Armee noch mehr Sorgen. Am 23. April musste sie am südlichen Sicherheitszaun mit Waffengewalt gegen LKWs vorgehen, die nicht anhalten wollten und in denen Waffen entdeckt wurden. **Am 15. Mai (Nakba Tag) rechnet Israel mit größeren Demos an allen Genzen vom Libanon bis Gaza.**

==========

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG + Tel. 0228 – 324381
e -mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre Spende deckt Kosten - bitte auf mein
Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805